

Was ist mit den Unis?

Corona-Krise: „Schulen nicht gut gerüstet“, FR-Meinung vom 12. Juni

Jeden Tag lese ich mit Freude, wie Corona zurückgeht und welche Lockerungen erfolgen bzw. in Aussicht gestellt werden: Schulen sind wieder offen, Bars, Restaurants, Hotels, Geschäfte haben geöffnet, Einschränkungen beim Sport fallen weg, sogar Museen und Schwimmbäder sind dran, Kunst und Kultur folgen. Nur von einer, für meine Begriffe extrem wichtigen Institution hört man dahingehend einfach gar nichts: den Universitäten! Was ist da los? Warum werden die Universitäten weder von Politik noch von den Medien im Zusammenhang mit Öffnungen nicht erwähnt?

Zigtausende, internationale StudentInnen in Deutschland hocken weiterhin anonym zu Hause, statt die Universitäten zu bevölkern und ihresgleichen zu treffen, zum Lernen, Diskutieren, austauschen – für viele sogar zum ersten Mal! Kann man sich in der Uni eher anstecken als in der Kneipe, beim Shoppen oder in der Straßenbahn? Unzählige „Erstis“ haben Uni und KommilitonInnen noch nie gesehen – und offenbar interessiert es, außer ihnen selbst, keinen. Vielleicht kann die FR uns ja mal aufklären. Bertram Hock, Oberursel

Diskussion: frblog.de/kinderimpfen

Der Staat ist gefragt

Katholische Kirche: „Kein Scherbenhaufen“, FR-Meinung v. 8.6.

Herzlichen Dank für diese Kolumne, Michael Herl. Wir denken an Zeiten der Aufklärung, der Säkularisierung. Es klingt wie eine Entzauberung des Katholizismus, das ganze Christentum ist betroffen. Vielleicht hilft da nur noch der reine Glaube der Menschen, ein Debakel zu vermeiden. Da nützt der Rücktritt eines Kardinal Marx gar nichts.

Der wahre Glaube ist durch die zahlreichen strafbewehrten Verfehlungen kirchlicher Würdenträger aller Couleur nicht entscheidend tangiert oder verletzt, nur weil diese ihr Geschlecht nicht im Griff haben und ihren Trieb nicht in zulässiger, ungefährlicher Art und Weise befriedigen konnten. Hier ist der Staat (Strafverfolgungsbehörden und Justiz) gefragt mit harten Maßnahmen. Die Zuständigkeiten dürfen nicht der kirchlichen Verwaltung überlassen bleiben. „Die Tage sind gezählt“ (Herl). Vor allem die Jugend muss den Gefahren der emotionalen Verzauberung durch die gefälligen Erzählungen und glanzvollen Kirchenfeierlichkeiten, dass da „irgendwo etwas ist, das durch die Mühlen des Daseins hilft“, mit dem Zauber der Natur und den Werten des Humanismus begegnen können. Das wäre ein klares Licht am Ende des Tunnels.“ Uwe Thoms, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet unter frblog.de/lf-20210614

Was tun für Insekten? Bronski baut seinen Garten um. Kräuter, Blühpflanzen, Totholz – lesen Sie hier: frblog.de/garten-x

FR ERLEBEN

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen im Club Voltaire (nur nach Anmeldung unter clubvoltaire@t-online.de) oder als Livestream unter fr.de/hebelsstunde
Donnerstag, 24. Juni, 19 Uhr

Andreas Schwarzkopf moderiert „Ende der post-sowjetischen Stabilität? Protest, Repression, Krieg“. Darüber diskutieren Vera Rogova und Mikhail Polianskii von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung sowie Azer Babayev von der Uni Baku. Stream: boell-hessen.de/YouTube
Dienstag, 29. Juni, 19 Uhr

Pitt von Bebenburg und **Hanning Voigts** moderieren das FR-Stadtgespräch „Ein Jahr nach Hanau. Kampf dem rassistischen Terror“ mit Armin Kurtovic (Vater des getöteten Hamza Kurtovic), Nancy Faeser (SPD), Omid Nouripour (Grüne) und Newroz Duman (Initiative 19. Februar Hanau). Die Zahl der Gäste ist begrenzt. Registrieren Sie sich auf fr.de/anmeldung mit dem Stichwort „Hanau“. Negativer Corona-Test oder vollständiger Impfnachweis ist vorgeschrieben. Stream: fr.de/eventvideo
Dienstag, 29. Juni, 19 Uhr
Haus am Dom, Domstr. 3, Frankfurt

Der Spritpreis ist noch viel zu niedrig

Klimaschutzpläne der Grünen: „Da dominiert das Prinzip Hoffnung“ u. „Grüne Defensive“, FR-Politik u. -Meinung vom 14.6.

SPD und CDU haben keinen schlüssigen Plan

Über das Wahlprogramm der Grünen lässt sich trefflich meckern, wenn man wie die CDU bisher immer noch kein eigenes zustande gebracht hat. Weder SPD noch CDU haben einen schlüssigen Plan, wie sie die Ziele nach dem Parisabkommen einhalten wollen und was dafür notwendig ist. Bisher hat sich auch keine der beiden Parteien dazu geäußert wie hoch das CO₂-Budget Deutschlands ihrer Meinung nach noch ist, geschweige denn wie sie es einhalten wollen. Auf Empfehlungen des Sachverständigenrats für Umweltfragen dazu gehen sie erst gar nicht ein. Außerdem ignorieren sie die wissenschaftlichen Empfehlungen, nach denen Deutschland mindestens bis 2030 aus der Kohle aussteigen müsste. Dies befürworten übrigens 80 Prozent der Bürger dieses Landes.

Während in der Corona-Pandemie der Geldbeutel offen war, wird nun bei den absolut unabdingbaren Investitionen für den Schutz unserer Lebensgrundlagen wieder das Finanzierungsargument hervorgeholt. Als Mutter von zwei Kindern bin ich fassungslos vor soviel Ignoranz und Verantwortungslosigkeit. Generationengerechtigkeit sieht anders aus!

Antje Sander, Darmstadt

Ein Eiferer, der mit Unterstellungen arbeitet

Herr Ziemiak unterstellt den Grünen Geschichtsvergessenheit! Als Mitglied einer christlichen Partei sollte er mal nachlesen, welche Rolle christliche Eiferer bei den Judenpogromen des Mittelalters und den Hexenverfolgungen der frühen Neuzeit gespielt haben. Diese Eiferer haben auch mit Unterstellungen „gearbeitet“. Man lese nur Heinrich Cramer: „Hexenhammer“.

Heinrich Mesch, Attendorf

Als ob die Grünen die Verantwortung nicht wollen

Ja, irgendwie hat man wirklich den Eindruck, dass die Grünen Angst vor der eigenen Courage haben. Vielleicht wollen sie gar

nicht ernsthaft die Hauptverantwortung für eine Regierung in der nächsten Legislaturperiode tragen. Es ist viel bequemer, einen größeren Koalitionspartner zu haben; seinen Wählerinnen und Wählern gegenüber kann man dann theatralisch die Hände in Unschuld waschen. So haben es die hessischen Grünen im Falle des Weiterbaus der A 49 mit der dazugehörigen Verstümmelung intakter Wälder bereits mustergültig zelebriert.

Und als Juniorpartner darf man auf seinen Spielwiesen (z.B. „Gendersprache“) so schön herumtollen. Diese Steckenpferde kosten die Auto-, Luftfahrt-, Energie- und die Agrarwirtschaft ja auch kaum etwas; unsere Lebensgrundlagen können dann weiterhin ohne größere Störungen ruiniert werden. Spätere Generationen werden sich voll Dankbarkeit der Grünen des Jahres 2021 entsinnen.

Wulfhard Bäumlein, Bad Vilbel

163 Millionen Tonnen CO₂ allein durch den Verkehr

Für Lieschen Müller und Otto Normalverbraucher geht die Welt unter: 16 Cent soll das Benzin teurer werden?! Unerhört, was sich die Grünen, das Umweltbundesamt, Klimaforscher, Umweltschutzverbände, die Bundesregierung sowie weitere Gruppierungen ausdenken! Da lobe ich mir die CDU, SPD und FDP. Die lehnen diese Maßnahme empört ab. Gleichzeitig fordern sie allerdings in ihren Wahlprogrammen höhere CO₂-Abgaben. Dass die Benzinpreise dadurch indirekt steigen, verschweigen sie geflissentlich.

Doch zu den Fakten: Der ADAC gibt den aktuellen Benzinpreis für Super E10 mit 1,48 Euro pro Liter an. Bei einer Erhöhung um 16 Cent würde er 1,64 kosten. Was viele nicht wissen: Im September 2012 mussten wir dafür schon mehr bezahlen, nämlich sage und schreibe 1,67 Euro! Und noch etwas: Der ADAC geht bei seinen aktuellen Berechnungen davon aus, dass ein VW Golf im Monat Gesamtkosten von 625 Euro verursacht. Dabei wird eine jährliche Fahrstrecke von 15 000 Kilometer und ein Verbrauch von 6,5 Liter pro 100 Kilometer unterstellt. Unter diesen Vorausset-

zungen machen die Benzinkosten lediglich 20 Prozent der Gesamtkosten aus. Die angedachte Spritpreiserhöhung um 16 Cent hätte demnach eine Steigerung der Gesamtkosten von schlappen 1,02 Prozent zur Folge.

Aufschlussreich sind auch sicher noch folgende Zahlen: Im Jahr 2019 wurden in Deutschland fast 56 Millionen Tonnen Diesel und Benzin verbraucht. Dadurch entstanden rund 163 Millionen Tonnen klimaschädigendes CO₂. Bei einem Schaden von 180 Euro pro Tonne errechnet das Umweltbundesamt daraus einen Gesamtschaden von knapp 30 Milliarden Euro. Die CO₂-Steuer (25 Euro pro Tonne in 2021, 30 in 2022) deckt also nur einen Bruchteil der verursachten Kosten.

Beim Blick auf den Straßenverkehr mit den vielen Spritfressern, den Rasern, den unzähligen unnötigen und vermeidbaren Fahrten komme ich zu dem Ergebnis, dass der Spritpreis bei vielen Mitmenschen offensichtlich noch viel zu niedrig ist.

Bernd Zürn, Flörsheim

Erst muss man gewinnen, dann kann man umsetzen

Eigentlich schätze ich die Beiträge von Stephan Hebel, aber sein Leitartikel über den Parteitag der Grünen fällt doch etwas einseitig aus. Ich kann seiner Kritik an einzelnen Beschlüssen des Wahlprogramms zustimmen, aber man darf nicht vergessen, dass man vorher die Wahl gewinnen muss, bevor diese umgesetzt werden können. Und das heißt, die Zustimmung von vielen Leuten zu gewinnen, die nicht zu den Stammwählern der Grünen gehören. Von einer „Leugnung des Klimawandels“ und einem „Festhalten am Hergebrachten“ kann ich im Wahlprogramm nichts lesen, das zeigen die Reaktionen der politischen Konkurrenz wie z.B. BamS oder Armin Laschet, der beim Thema Klimawandel treuherzig verbilligte Flugreisen nach Mallorca verteidigt und statt einer Solarpflicht auf Neubauten lieber Freibeträge bei der Grunderwerbssteuer fordert.

Konrad Wich, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/gruene-2021

Ein Minister braucht neue Teppiche

Rechtsextremismus-Vorwürfe: „Beuth löst Frankfurter SEK auf“, FR-Regional vom 11. Juni

Sehr geehrter Herr Staatsminister Beuth, bezüglich Ihrer Anfrage wegen kurzfristiger Zurverfügung-Stellung großformatiger Teppiche aus dem aufgegebenen Hessischen Hof Frankfurt muss ich Ihnen leider mitteilen, dass diese bereits von Frankfurts Polizeipräsident Bereswill in Anspruch genommen werden mussten, da das neue Frankfurter Polizeipräsidium bisher über keine Teppiche verfügte. Leider hat es sich gezeigt, dass auch deren Fassungsvermögen begrenzt ist: Nach dem erheblichen Anfall übelriechender braun-breiger

Substanz aus dem Zeilrevier, welche sich dort und in Kirdorf, im Heimatort dreier Zeilpolizisten, im Rahmen polizeilicher Traditionspflege seit 1933 unbeanstaltet angesammelt hat, ließ sich die Geruchsbelästigung weder durch salbungsvolles Aufklärungsversprechen noch durch weitere Selbstbeweihräucherung beherrschen. Wie ich hörte, ist die Kapazität ihrer großformatigen Staatskanzlei-Teppiche trotz weitgehend untersagter Handykontrollen längst erschöpft, so dass der neuerliche Anfall mehrerer Mistwagen vorgenannter

brauner Substanz, unbeanstaltet angesammelt im Rahmen der Elite-soldatischen Traditionspflege, nicht mehr unter die Teppiche gekehrt werden kann. Daher begrüße ich die Idee des hessischen Polizeigewerkschafts-Vorsitzenden Engelbert Mesarec, dass Sie sich „an die Spitze der Meute, die mit Fackeln und Heugabeln (dem braunen Mist) der Polizei zu Leibe rückt“, setzen, um Ihren Augiasstall endlich auszumisten. Hochachtungsvoll: Ihr Teppich-Partner für Entsorgung Claus Metz, Bad Vilbel